

**Arbeitstagung des Vorstands
der CSU-Landtagsfraktion
am 16. und 17. September 2024
in Kloster Banz**



**„Keine Toleranz für die Intoleranten:
Politischen Islamismus transparent
machen und konsequent bekämpfen!“**

1 Forderungen von islamistischen Gruppierungen nach der Einführung eines Kalifats,
2 islamisch patriarchalisch geprägte Elemente eines islamischen Gottesstaates in
3 Deutschland und islamistischer Terrorismus wie zuletzt in Solingen zielen auf die
4 Zerstörung zentraler Werte unseres demokratischen Rechtsstaates und die
5 Abschaffung vieler individueller Freiheitsrechte. Diesen Extremismus, der den
6 Deckmantel der Religion nutzt, um Vorherrschaft zu gewinnen, werden wir konsequent
7 bekämpfen. Das Messerattentat von Solingen, das die Terrororganisation Islamischer
8 Staat für sich reklamiert, der Angriff auf das israelische Generalkonsulat in München
9 und andere Gewalttaten haben uns gezeigt: Wir dürfen nicht länger die Augen
10 verschließen. Es ist allerhöchste Zeit zum Handeln.

11 Es geht nicht um den Islam als Religion. Die überragende Mehrheit der Muslime in
12 unserem Land lebt ihren Glauben friedlich. Es geht um Islamismus. Islamismus ist
13 keine Religion, sondern eine radikale Bewegung mit politischen Zielen. Deshalb rufen
14 wir die friedliebenden Muslime auf, sich deutlich und klar gegen radikale Muslime, ihre
15 Taten und Äußerungen zu stellen und für ihre neue Heimat Position zu beziehen.
16 Extremismus in Form des Islamismus beginnt dort, wo unter dem Deckmantel der
17 Religion für eine Staatsform geworben wird, die unsere grundlegenden Prinzipien von
18 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit ablehnt. Ein solcher Extremismus bereitet
19 die Abschaffung von Gleichberechtigung, Religionsfreiheit in unserem Sinne und
20 anderer zentraler Freiheitsrechte unserer modernen Gesellschaft vor. Vor diesem
21 religiös verbrämten Extremismus müssen wir unsere freiheitliche demokratische
22 Grundordnung schützen. Die Ideologie des politischen Islamismus, die unseren Staat
23 und unsere Werte ablehnt, darf in unserem Land nicht weiter Fuß fassen;
24 islamistischer Terror darf nicht weiter um sich greifen. Das ist zurecht auch die
25 Erwartung der Musliminnen und Muslime in unserem Land, die für unsere freiheitliche
26 Ordnung und für unsere offene Gesellschaft einstehen.

27 Im Jahr 2023 wurden beim Generalbundesanwalt 461 Verfahren im Zusammenhang
28 mit islamistischem Terrorismus geführt – und damit 22-mal so viele wie im
29 Zusammenhang mit Rechtsextremismus. Das islamistisch-terroristische
30 Personenpotential in Deutschland wird derzeit auf 1680 Männer und Frauen geschätzt.
31 Allein diese Zahlen machen deutlich, dass das Gefährdungspotential islamistischer
32 Strömungen und Gruppierungen nicht weiter aus falschverstandener Toleranz und
33 wegen links-grüner Multikulti-Phantastereien unterschätzt werden darf.

34 Größtmögliche Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor Terror, Kriminalität und
35 Gewalt ist die oberste Aufgabe des Staates. Auch wenn in Bayern der extremistische
36 Islamismus weniger präsent ist als anderswo, nehmen wir ihn überaus ernst. Deshalb
37 fordern wir in Bayern Integration ein und haben schon vor vielen Jahren ein eigenes
38 Integrationsgesetz verabschiedet. Wir haben mit der Bayerischen Grenzpolizei ein
39 Instrument, um illegale Einreisen zu verhindern.

40 Und wir gehen mit aller Härte gegen islamistische Straftäter vor. Dazu haben wir in
41 Bayern bereits vor Jahren insbesondere mit der Schaffung der Zentralstelle zur
42 Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) bei der
43 Generalstaatsanwaltschaft München schlagkräftige Strukturen bei der Justiz
44 geschaffen. Durch den bei der ZET angesiedelten Hate Speech-Beauftragten der
45 bayerischen Justiz erreichen wir, dass Extremismus in Form von strafbarem digitalem
46 Hass und Hetze bereits in einem frühen Stadium konsequent strafrechtlich verfolgt
47 wird.

48 Auf Ebene des Bundes fordern wir die Ampelkoalition auf, anstelle von moralischer
49 Überheblichkeit und blinder Verharmlosung endlich mit aller Konsequenz Maßnahmen
50 gegen den politischen Islamismus zu ergreifen.

51 Konkret fordern wir vom Bund:

- 52 1. Rechtliche Regelungen dürfen **Integration nicht erschweren** oder gar verhindern.
53 Aufzuzählen, was rechtlich nicht möglich ist, hilft nicht weiter. Wo Maßnahmen, die
54 die notwendige Integrationsfähigkeit Deutschlands stärken könnten, rechtlich nicht
55 möglich sind, muss der Gesetzgeber aktiv werden und das Recht entsprechend
56 ändern. Integrationskurse müssen ebenfalls stärker die Prävention von
57 Radikalisierungen in den Blick nehmen. Künftig sollte auch ein Bekenntnis zu den
58 Werten der Verfassung eingefordert werden, bevor ein Schutzstatus in
59 Deutschland gewährt wird. Wird ein solches Bekenntnis verweigert oder diesen
60 Werten in grober Weise zuwidergehandelt, endet das Aufenthaltsrecht in
61 Deutschland.
- 62 2. In Deutschland dürfen künftig nur noch **Imame** tätig werden, die ihre **Ausbildung**
63 **in Deutschland** absolviert haben. Ein Großteil der in Deutschland aktiven Imame
64 wird derzeit aus dem Ausland entsendet. Wir respektieren die Religionsfreiheit,
65 aber wir wollen und müssen sicherstellen, dass Lehrer, Prediger und Seelsorger
66 auf dem Boden unserer Verfassung stehen. Deshalb richten wir alle staatlichen
67 Anstrengungen darauf aus, ihre akademische und geistliche Ausbildung in
68 Deutschland vorzunehmen. Bis zur vollständigen Übernahme der religiösen
69 Betreuung durch in Deutschland ausgebildete Imame müssen ausländische Imame
70 eine Erklärung zur Verfassungstreue unterzeichnen bevor sie in Deutschland tätig
71 werden dürfen. Wird eine solche Erklärung verweigert, sollen aufenthaltsrechtliche
72 Maßnahmen geprüft werden.
- 73 3. **Plattformen in den sozialen Netzwerken** sind zu Brandbeschleunigern für die
74 Verbreitung von extremistischem Gedankengut geworden. Islamismus-
75 Influencerinnen und Hassprediger verbreiten bei Tiktok, Telegram, Youtube und

76 Instagram ihre salafistische und dschihadistische Propaganda. Deshalb müssen
 77 wir konsequent gegen Frauen und Männer vorgehen, die **Hass und Hetze im**
 78 **Internet** verbreiten. Wir müssen aber auch die erreichen, die Hass und Hetze
 79 konsumieren. Potenzielle Radikalisierungen müssen wir mit Online-Ermittlungen
 80 frühzeitig erkennen. In diesem Zusammenhang muss endlich die allgemeine und
 81 unterschiedslose Speicherung von **IP-Adressen** für einen begrenzten Zeitraum
 82 vorgesehen werden, auf die Ermittlungsbehörden zur Bekämpfung schwerer
 83 Kriminalität zugreifen können. Genau für solche Zwecke hat der EuGH die
 84 **Speicherung von IP-Adressen** ausdrücklich zugelassen. Diesen
 85 Regelungsspielraum gilt es unter Beachtung des Grundrechtsschutzes und der
 86 fachlichen Bedarfe unserer Ermittlungsbehörden schnellstmöglich auszuschöpfen.
 87 Auch die Nachrichtendienste benötigen diese Daten dringend, um extremistische
 88 und terroristische Bestrebungen sowie Spionageaktivitäten im Internet aufzuklären.
 89 Zugleich müssen die Präventionsmaßnahmen im digitalen Raum ausgebaut
 90 werden und die Medienkompetenz gestärkt werden.

91 **4. Moscheen und Gebetshäuser**, in denen **Hasspredigten** stattgefunden haben,
 92 müssen schneller und einfacher zumindest zeitweise geschlossen werden können.

93 **5.** Datenschutz darf kein Sicherheitsrisiko nach sich ziehen. Wir fordern auch die
 94 **Wiederherstellung eines funktionsfähigen Ausländervereinsregisters** und die
 95 **kritische Überprüfung der an der Islamkonferenz beteiligten Organisationen**
 96 **hinsichtlich ihrer Verfassungstreue**. Wir wollen Transparenz über die in
 97 Deutschland aktiven muslimischen Vereinigungen und deren Akteure und die
 98 Einhaltung unserer Werte.

99 **6.** Wir fordern einen Bund-Länder **Aktionsplan zur Bekämpfung des**
 100 **islamistischen Extremismus** vergleichbar dem Aktionsplan zur
 101 Rechtsextremismusbekämpfung

102 **7.** Wir fordern die Einrichtung einer multidisziplinären **Dokumentationsstelle**
 103 **Politischer Islamismus auf Bundesebene** nach österreichischem Vorbild. Sie
 104 soll das Wirken von Personen und Gruppen aus dem Bereich des Politischen
 105 Islamismus in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik dokumentieren, Politik und
 106 Öffentlichkeit zu Wachsamkeit anhalten und Materialien für Schulen und öffentliche
 107 Institutionen erarbeiten; Aufgabe der Stelle soll auch die Vernetzung und der
 108 Austausch mit vergleichbaren Institutionen anderer Staaten sein.

109 **8.** Wir brauchen dringend bundesgesetzliche Regeln, die die notwendige
 110 **Transparenz über die finanzielle und personelle Unterstützung und**
 111 **Beeinflussung von Moscheevereinen und anderen muslimischen**
 112 **Glaubensgemeinschaften** in Deutschland schaffen. Die **Finanzierung durch**
 113 **ausländische Staaten und Akteure** wollen wir künftig **verhindern**.

114 **9.** Jegliche **staatlichen Kooperationen und Vertragsbeziehungen mit**
 115 **Organisationen des Politischen Islamismus** müssen verhindert werden. Vereine
 116 und Verbände, die eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung
 117 darstellen und von den Verfassungsschutzämtern von Bund und Ländern

118 beobachtet werden, können nicht gleichzeitig Partner unseres Staates sein.
 119 Islamisten muss mit gleicher Distanz und Ablehnung begegnet werden wie den
 120 politischen Extremisten von links und rechts. Es darf keine finanziellen
 121 Zuwendungen, Förderungen, Vertragsbeziehungen und Kooperationen mit
 122 islamistischen Vereinen und Verbänden geben, die Beobachtungsgegenstand der
 123 Verfassungsschutzämter sind.

124 **10. Der Straftatbestand der Volksverhetzung** muss um die Negierung des
 125 **Existenzrechts Israels** erweitert werden.

126 **11. Zur Bekämpfung des Islamismus gehören auch konsequente Ausweisungen**
 127 **und Abschiebungen von islamistischen Straftätern und Gefährdern** ohne
 128 deutsche Staatsangehörigkeit, sowie eine **Zeitenwende in der Migrationspolitik**
 129 mit folgenden fünf **Sofortmaßnahmen**:

- 130 • **Sofort-Arrest** für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder.
- 131 • **Sofortige Leistungskürzung** für Straftäter und ausreisepflichtige
 132 Asylbewerber auf das absolut Lebensnotwendige.
- 133 • Errichtung und Betrieb von **Bundesausreisezentren**.
- 134 • **Subsidiären Schutz abschaffen** und umgehend die Rahmenbedingungen für
 135 Rückführungen auch in Länder wie Syrien oder Afghanistan schaffen.
- 136 • **Sofortige Zurückweisung an der Bundesgrenze**.

137 Das werden wir in Bayern tun:

138 **1. Wir werden das ressortübergreifende Netzwerk gegen Islamismus massiv**
 139 **ausbauen.**

140 **2. Wir werden den Verfassungsschutz** in Bayern zur Aufklärung extremistischer
 141 islamistischer Strömungen gezielt **personell und inhaltlich weiter stärken**. Ein
 142 besonderes Augenmerk legen wir dabei auf extremistisches Gedankengut, das von
 143 Islamismus-Influencerinnen und modernen Hasspredigern in den Sozialen Medien
 144 verbreitet wird. Wir stellen sicher, dass der Informationsaustausch mit anderen
 145 Behörden auf höchstem Niveau gewährleistet ist. Hier sind dann aber auch die
 146 anderen Verfassungsschutzämter der Länder, das Bundesamt für
 147 Verfassungsschutz sowie der Bundesnachrichtendienst gefordert, genügend
 148 Personal- und Sachmittel zur Verfügung zu stellen. Für einen effektiven
 149 Verfassungsschutz, der jeden Extremismus konsequent bekämpft, müssen zudem
 150 effektive Befugnisse eingeräumt werden, die der aktuellen Bedrohungslage
 151 gerecht werden. Insbesondere muss dem Bundesamt für Verfassungsschutz die in
 152 Bayern schon lange eingeführte Befugnis zu **Online-Datenerhebungen**
 153 eingeräumt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat dies ausdrücklich für
 154 zulässig erklärt.

155 **3. Wir werden eine Melde-/Koordinationsstelle gegen Verschleppung und**
 156 **Zwangsheirat** nach österreichischem Vorbild schaffen, die zum Schutz von
 157 Mädchen und Frauen mit ständigem Aufenthalt in Bayern beim Verdacht einer

158 Verschleppung ins Ausland zum Zweck der Zwangsverheiratung angerufen
159 werden kann. Wir werden weiterhin mit aller Härte des Gesetzes auch gegen die
160 Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen vorgehen, genauso gegen die
161 Verschleppung ins Ausland zu diesem Zweck. Diese widerwärtigen Praktiken sind
162 nicht von der Religionsfreiheit gedeckt.

163 **4.** Wir werden die **Islamismusprävention**, insbesondere die **Maßnahmen gegen**
164 **eine Radikalisierung in Vollzugsanstalten und Präventionsmaßnahmen im**
165 **digitalen Raum**, konsequent weiterführen und verstärken.

166 **5.** Wir werden dafür sorgen, dass der **Islamische Unterricht** als spezifische
167 Alternative zum Ethikunterricht in Bayern weiter frei von islamistischer
168 Beeinflussung und nur durch Lehrkräfte durchgeführt wird, die nachweislich
169 keinerlei Bezug zu Organisationen mit islamistischen Bestrebungen haben.